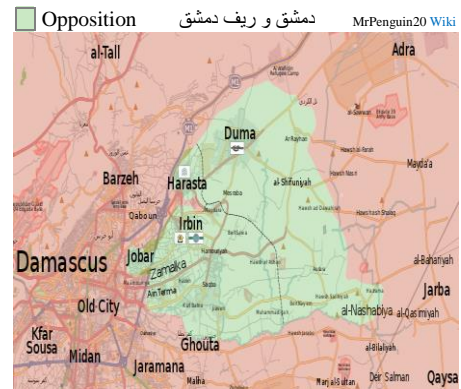




Widerparts

Putins Syrien-Korridore, nukleare Rivalität, Merkels Afrika-Marshall-Plan

Zögerlich bejahte der Sicherheitsrat Resolution 2401, 30 Tage eine humanitäre Kampfpause einzulegen, in der 5,6 Mio. Einwohner in 1.244 Kommunen, darunter 2,9 Mio. in kaum erreichbaren Gebieten, versorgt werden. Zudem soll sofort die Belagerung dicht besiedelter Teile um Damaskus wie Ostghuta, Karte grün, beendet werden, wo Menschen von Nahrung und Medizin abgeschnitten sind. Sei dies eine Kampfmethode, heißt es am 24. Februar, so verstoße sie gegen das internationale Gesetz. Dies gilt aber lange nicht mehr.



Zugleich sei dies keine Feuerpause gegen den Islamstaat, IS, al-Qaida und an-Nusra Front, die der Sicherheitsrat Terrorgruppen nennt. Freilich hat der IS in Ghuta keine Jihadisten. Ist das Ja der 15 im Sicherheitsrat ein Einheitsmoment, um Syriens siebenjährigen Bürgerkrieg – "Hölle von Menschenhand" – zu befrieden? Kaum. Kanzlerin Merkel und Präsident Macron wandten sich am 25. Februar an Präsident Putin, Druck auf al-Asads Regime auszuüben, um eine sofortige Waffenruhe, politische Regelungen in Genf und Frieden voran zu bringen. Putin willigte ein, täglich fünf Stunden zu stoppen und Korridore zu eröffnen, damit Zivilisten den Raum verlassen. Das ist wohl das Ziel des Krieges gegen Einwohner.

Antagonisten im Atomschatten

Syriens UN-Vertreter Bashshar al-Jaafari pochte auf das Recht, sich gegen Terroristen zu wehren, worunter er alle Opponenten al-Asads versteht. Seine Regierung meine, die Resolution gelte auch: in US-Zonen mit Spezialkräften; in Afrin mit türkischem Militär gegen Kurden seit 20. Januar; und auf Golan-Höhen mit Israels Präsenz. Irans Generalstabschef Muhammad Baqeri sagte am 25. Februar, Angriffe auf jene Damaszener Vororte "in der Hand von Terroristen" gingen weiter. Kein Wunder, diese Feuerpause hält kaum. Seit 19. Februar sind 580 Zivilisten umgekommen. Am 25. Februar gab es Angriffe mit Chlorin-Raketen in Ghuta: ein Kind starb, 19 wurden verletzt. Rebellen schossen mit Granatwerfern auf Damaskus, wo Dutzende Zivilisten umkamen: ein Teufelskreis für 400.000 Einwohner.

Eine oft post-totalitäre/schiitische Achse wirkt um Revisionsmächte Moskau-Damaskus-Teheran-Beijing gegen die meist liberale/sunnitische Anti-IS-Koalition, die Ankaras Aktion in Afrin spaltet und bei Arabern zu wenig Kohärenz gegenüber Israel erlebt. Kurz, in Syrien gibt es vorerst wenig Befriedung. Putins Positionen sind seit 30. September 2015 in Mittelost stärker auf ihm nahen Seiten. Der Westen verlor viel, Europa hängt von Putin in der Ukraine und in Mittelost ab. Da Amerika in der Globalära ab 1990 zwei Dekaden als Vormacht führte, fällt Mittelost nun in Groß- und Regionalmachtrivalität zurück, mit dem expansiven China, aggressiven Iran und andererseits durch all jene Staaten, die nach dem defekten Nuklearpakt mit Iran ihre Atomwaffe planen. Das mag potenziell in Mittelost ein Dutzend Länder mit anvisierten Nuklearmeilern für zunächst friedliche Energie betreffen.

Mögliche Kandidaten wären Ägypten, Iran, die Türkei, Emirate und Saudi-Arabien. Da nun die **Rivalität** auflebt, steht die Frage, ob und wie Russland, China und Amerika als die Lieferanten von Atomkraftwerken die Wahrung des friedlichen Charakters und der Nichtproliferation sichern könnten, ohne sich gegeneinander ausspielen zu lassen: stellt die eine Macht zu viele Bedingungen, wechseln die Klienten leichter ins andere Lager. Angesichts neuer Pläne in Mittelost, Erdöl mit Atomenergie zu ersetzen, erwächst hier eine gefährliche nukleare Konkurrenz. Viel wird im **Mai** der neue Ansatz mit **Irans Atompakt** vorzeichnen.

Aufbau, Sicherheit

Am Nil, wo as-Sisi und Herausforderer Musa Mustafa Musa die Wahlkampagne begannen, bauen Firmen wie die Russian State Nuclear Energy Corporation in ad-Dabaa westlich von Alexandria vier Atomenergie-Kraftwerke in zwölf Jahren. Kairo bejahte das im Herbst **2015**. Jedes Werk erzeugt 1.200 Megawatt Strom. Dazu nahm Kairo in Moskau einen \$25 Md. Kredit (drei Prozent Zins, rückzahlbar ab 2029) auf. Am **10. Januar 2017** sind die Verträge im Beisein von as-Sisi signiert worden. Das ist nach dem Aswan-Hochdamm, Bauzeit war elf Jahre, 2.100 Megawatt, Wiki/Nasa-Karte – das zweitgrößte ägyptisch-russische Projekt.



Kairo hängt an Sicherheitsfragen. Am **25. Februar** bildete es das Terrorabwehr-Kommando "Östlich vom Suezkanal". Seit **9. Februar** laufen Operationen, **Islamisten** in Nord- und Zentral-**Sinai** abzuwehren, wobei das Zentrum die Armee anleite. Laut as-Sisi habe die Abwehr 2014 begonnen und soll bis 2022 laufen. Vorige Woche seien 71 Takfiris und über 1.000 Ziele ausgeschaltet worden. Takfiri, تكفيرى, hat Wurzeln wie Kafir, كافر, Ungläubiger. Aus Sicht des sunnitischen **Hauptstroms** sind es gewaltsame Salafisten oder Jihadisten, die Andersdenkende für Abtrünnige halten und durch Gewalt wie Suizidatzen – der Täter wird Märtyrer – Kalifat samt Scharia in ihren rigoros islamistischen Auslegungsarten anstreben. Dies trafe auf die Halbinsel **Sinai** zu, die nach ihrer Idee eine Provinz des Kalifats sein soll.

G5 Sahel-Allianz

Wie in Ägypten greift Unsicherheit weithin um sich. Insofern ist Angela Merkels Ansatz in **Afrika** ein richtiger Trend. Sie möchte dort mit Entwicklungspolitik Wirtschaft in Gang bringen und einen Kurs über eine **Legislaturperiode** hinaus planen und realisieren. Ihr gehe es um Partnerschaft – soweit die zwischen ungleichen Teilhabern denn überhaupt möglich ist. Europa und die entwickelte Welt stehen in der Pflicht eines "Marshallplans für Afrika", um wirtschaftliche Dynamik zu entfalten. Das betraf Infrastruktur, Start-ups, Mittelstand und Arbeitsplätze. Sie nennt das Beispiel der **Sahel G5-Staaten** Mali, Niger, Tschad, Burkina Faso und **Mauretanien**. **Berlin** und die EU hätten mit ihnen eine **Migrationspartnerschaft** und helfen, Truppen auszubilden gegen Schlepperbanden. Hat sie dafür die nötigen Mittel?

Der informelle EU-Rat rang am **23. Februar** in Brüssel mit dem Finanzenrahmen bis **2020**, der aber **Afrika**-Aspekte verwehrt. Der Außenpolitik gelten sechs Prozent, Entwicklungspolitik ist nicht ausgewiesen. In der Tat sind Punkte nötig wie Regionalkonflikte, Islamismus, Migrationsströme, Außengrenzen sowie Integration von Flüchtlingen. Noch immer hält die EU nicht mit Realitäten Schritt. Sie erscheint als bürokratisches, Wähler fernes Konstrukt. Ob die angesagten Bürgerdialoge helfen, die "vielleicht am Jahresende" im EU-Rat ausgewertet werden oder haben solche Eliten längst abgehoben?



Wolfgang G. Schwanitz